

Nummer 22 - Oktober 1984

Verantwortlich:

Rainer Korte - Ursula Piek - Hermann Raufhake - Waltraud Schürmeyer -  
Frank Woike

**Auflage: 100**

**Preis: 1,- DM**

Anschrift: Hermann Raufhake, Rosenplatz 1, 4504 Georgsmarienhütte  
Telephon: (05401) 4 07 16

Liebe Leser!

Nun müßte die Entschuldigung dafür kommen, daß die neue „ZdJ“ so lange auf sich warten ließ. In anderen alternativen Blättern immer eine Reihe von haarsträubenden Umständen. Bei uns gibt es keine Entschuldigung, wir waren einfach zu schlaff.

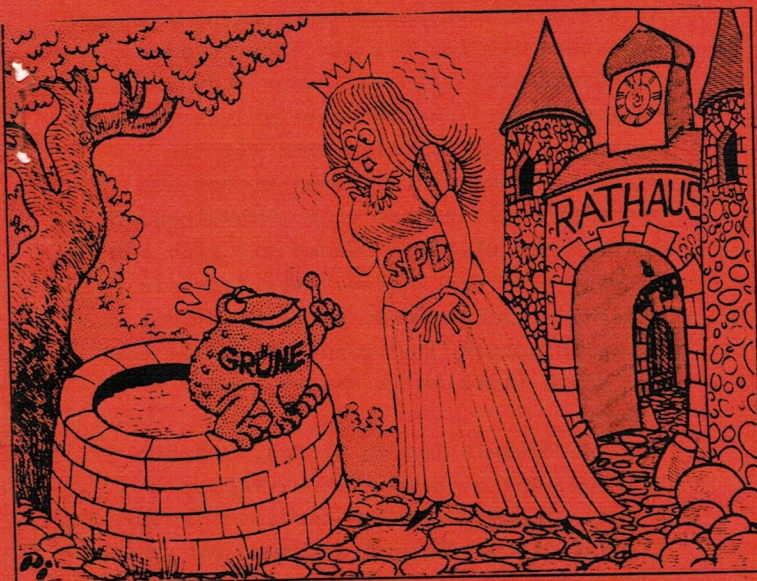
Aber nicht nur die Jusos waren den Sommer über zu nichts zu gebrauchen. Die Georgsmarienhütter Friedensbewegung hat auch nichts von sich hören lassen. (Böse Zungen behaupten, eins hinge mit dem anderen zusammen.) Für Genossen und Gewerkschafter sei gesagt, daß die Artikel über Umweltschutz und Arbeitsplätze nicht von irgentwelchen grünen Spinnern sind, sondern Zusammenfassungen von Artikeln aus Zeitungen der „IGM“.

Umweltschutz und Arbeitsplätze und die Auseinandersetzung mit den Grünen und ihren Zielen (wenn sie welche haben) wird ein Schwerpunkt unserer Arbeit in der nächsten Zukunft sein. Mal abgesehen davon, daß zumindestens hier in Georgsmarienhütte die Grünen die Themen von uns geklaut haben.

Es wird Zeit, daß der Öffentlichkeit klargemacht wird, daß es ein Unterschied ist, wenn Sozialisten und Gewerkschafter sich für Umweltschutz einsetzen, als wenn Grüne die gleichen Themen besetzen.

(Daß es in der SPD eine Betonfraktion gibt sei garnicht bestritten.)

Übrigens: die Jusos treffen sich immer noch jeden Freitag um 19 Uhr in der Gaststätte Heuer in Dröper. Interessenten und Sympatisanten sind herzlich willkommen.



Westdeutsche Allgemeine Zeitung

„Ich bin kein Frosch, ich bin ein verzauberter Mehrheitsbeschaffer“

# Nicht viel Neues aus der Juso-AG

- Rainer Korte, unser Alt-Vorsitzende, wurde Umweltheauftragter des SPD Unterbezirkes Osnabrück - Land.
- Fast die gesamte aktive Juso-AG nimmt am Tanzkurs des F.C.Vorwärts teil. Schlaffe Ausnahmen bestätigen die Regel!
- Erfreulich ist, daß der Anteil der Frauen an den Aktiven unserer AG 25% beträgt. Mindestens dreimal soviel wie Üblich.
- Traurig ist nur, daß die aktive Juso-AG zur Zeit aus, gütmtig geschätzt, 3 Genossen und 1 Genossin besteht.
- Sehr traurig ist, daß es viele schlaffe Genossinnen und Genossen noch nicht gemerkt haben, daß die Sommerpause vorbei ist.
- Rainer Korte und Klaus Hengelbrock gehören jetzt auch zur Garde der 33jährigen in unserer AG.
- Unsere AG besteht jetzt seit 17 Jahren. Das sind zwölf Jahre politischer Kampf; zwölf Jahre Diskussionen; zwölf Jahre fast kontinuierliche Arbeit. Nach diesen, zusammen 36, Jahren sind noch zwei aus der Anfangszeit dabei: Rainer Korte und Hermann Raufhake.
- Unser Vorsitzende, Frank Woike, ist als Betreuer bei einem Kinderlager der Arbeiter-Wohlfahrt sehr gut angekommen. Ein weiterer Beweis für seine Fähigkeit zum Juso Vorsitzenden in Georgsmarienhütte.
- Rainer hat jetzt endlich seinen Stivie Rai Vooun im Fernsehen gesehen und gehört. Bow.

## Unterbezirksschelte

Das Verhältnis zwischen der Juso-AG GMHütte und dem Juso-Unterbezirk Osnabrück-Land hat sich, aufgrund einiger Ereignisse, in der letzten Zeit merklich verschlechtert. Die Auseinandersetzung begann auf der letzten Jahreshauptversammlung des Juso-Unterbezirkes, als sich die Juso-AG GMHütte weigerte, Leute für den Unterbezirksvorstand zu benennen. Diese Tatsache wuchs in der anschließenden Diskussion schnell zu einem Streit. Da waren schnell Vorwürfe, wie die angebliche Passivität unserer Juso-AG bei der Arbeit des Unterbezirkes oder daß wir sogar gegen den Unterbezirk arbeiten würden, bei der Hand.

Wir schränken unsere Arbeit im Unterbezirk deshalb ein, weil wir uns lieber auf die kommunalpolitische Arbeit hier in GMHütte konzentrieren. Die Erfolge bei dieser Arbeit haben uns dabei Recht gegeben!

Außerdem sind wir der Meinung, daß die Möglichkeiten, im Unterbezirk politisch zu arbeiten, sehr begrenzt sind. Dieses wurde vor allem durch Erfahrungen bestätigt, die GMHütter Jusos früher bei der Arbeit in diesem Vorstand machten. Diese Beschränkung der politischen Arbeit ist aber nicht personell begründet, sondern liegt zum Beispiel an dem übergroßen Unterbezirk Osnabrück-Land, der von diesem Vorstand verwaltet werden muß.

Dieser Streit, der sehr emotional und engagiert geführt wurde, war am Ende der Sitzung auch nicht mehr zu schlichten. Deshalb entschlossen sich beide Seiten, einen Termin für ein Gespräch anzusetzen, indem der Streit geschlichtet werden soll.

Aus diesem Grund habe ich vor Monaten einen Brief an den Vorsitzenden, Günter Gans, geschrieben, indem ich ihn um einen Terminvorschlag für dieses Gespräch gebeten habe. Außerdem habe ich ihn und die anderen Vorstandsmitglieder in diesem Brief zu unserer alternativen Stadtrundfahrt eingeladen, um ihnen unsere Vorstellungen von Kommunalpolitik einmal zu zeigen.

Unverständlicherweise ist bis heute kein Antwortbrief gekommen! Auch hat sich kein Vorstandsmitglied bei der alternativen Stadtrundfahrt blicken lassen. Mir ist der Meinungswandel des Unterbezirksvorstandes unbegreiflich, der sich erst für ein Schlichtungsgespräch ausgesprochen hat und sich jetzt hinter einer schweigenden Mauer verbirgt. Auch müssen sie sich den Vorwurf gefallen lassen, ohne Kenntnisse unsere Verhaltensweise zu kritisieren. Die alternative Stadtrundfahrt hätte einen guten Einblick in unsere Arbeit gegeben.

Für die Zukunft ist zu hoffen, daß der Vorstand uns doch noch einen Termin nennt, um die Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen. Es wird langsam Zeit dafür, damit aus dieser Situation kein Dauerzustand wird.

# „gig“ gesichert

Es gab Schwierigkeiten bei der Stadtzeitung der SPD, der „gig“. Hauptsächlich finanzielle, aber auch politische Streitereien. Die Finanzlage der SPD Georgsmarienhütte war zeitweise so, daß das Erscheinen der „gig“ in Frage gestellt wurde. Daß dies gerade zu Ostern geschah, mit Werbung für den Ostermarsch, ließ den Verdacht aufkommen, hier würde die Finanzlage genutzt, um unliebsame politische Meinungen mundtot zu machen.

Nun, alles ging gut, und die Zeitung erschien pünktlich noch vor Ostern.

Um jetzt aber **endgültig** Form, Erscheinungsabstände, Redaktion und vor allem die Finanzierung zu klären, wurde eine Ortsversammlungsversammlung einberufen.

Einstimmigkeit herrschte darüber, daß die „gig“ das wichtigste öffentliche Organ der SPD G.M.Hütte ist.

Nach einer langen Diskussion einigte man sich auf die neue Form (Din A5, einfarbig) und auf ein dreimaliges Erscheinen pro Jahr. Die Redaktion besteht aus den Leuten, die Lust dazu haben, nun ja.

Das wichtigste Ergebnis ist aber, daß die „gig“ gesichert ist. Hier kommt es nicht so sehr auf Farbe und Format an, sondern daß der SPD Georgsmarienhütte ein öffentlich wirksames Organ erhalten bleibt. Es kommt ja immer wieder vor, daß es zu Entwicklungen in der Kommunalpolitik kommt, die in den anderen Medien nicht mit aller Entschiedenheit kommentiert werden können. Bleibt nur zu hoffen, daß die „Redaktion“ sich immer wieder zusammenfindet und immer eine akzeptable Zeitung zustande bringt.

## Kommentar

Obwohl die „alte Garde“ (nicht als Altersangabe gemeint, sondern als Begriff für die Genossen, die die Arbeit der vergangenen Jahre im Wesentlichen getragen haben und Überwiegend gut finden) gegenüber der „neuen SPD“ (nicht als Modebegriff oder Trend gemeint, sondern zur Kennzeichnung der Genossen, die mehr als in der Vergangenheit geschehen mit der Partei verändern wollen, bei uns und anderswo) bei der Parteiveranstaltung stark in der Minderzahl war, konnte sie sich doch voll durchsetzen.

### Nichts hat sich bewegt!

Woran lag das?

Die Kritiker oder entschiedeneren Genossen (daß ein akzeptabler gemeinsamer Begriff für die gemeinte Gruppierung fehlt, ist symptomatisch) hatten kein Übereinstimmendes, gemeinsam getragenes Ziel/Konzept, weder vorher festgelegt noch in der Diskussion entwickelt. Sie vertraten vielmehr völlig verschiedene Ansichten und Kritikpunkte und boten denjenigen, die nichts wegen und festlegen wollten, leichtes Spiel.

Der eine war für Festlegung einer Redaktion, der andere dagegen. Der eine wollte die Basis per Nominierung von Personen verankert sehen, der andere die Zahl der Fraktionsmitglieder in der Redaktion kleinhalten. Einer wollte nur die Redaktion für den Inhalt verantwortlich machen, ein anderer zumindest den GV raushalten. Einer wollte Format und Farbe retten, ein an-

derer wenigstens die Schriftgröße, wieder ein anderer Beides bedingt (wenn zusätzlich Spenden reinkämen), ein vierter nichts von alledem (da Spender wegsterben könnten). Einer plädierte für das Streichen eines AW-Mitliedes in der Redaktion, ein anderer wollte unbedingt die AFA vertreten wissen.

Es waren ein paar mehr verschiedene Meinungen da als Leute. Somit ist das traurige Ende einer lange leidenschaftlich und intensiv geführten Diskussion: es gibt kein „einklagbares“ rechenschaftspflichtiges Konzept für eine gute Stadtzeitung. Wenn jetzt sporadisch eine lahme „gig“ erscheinen wird, kann jedem Kritiker gesagt werden: selber Schuld.

Wieder einmal fehlte das Tüpfelchen an Energie und Durchsetzungsfähigkeit (Schlagkraft wäre schon viel zu hochgestochen), um aus einer Phase der Meinungsbildung und unverbindlicher Gespräche zu politischem Handeln zu kommen. Schade um alles das, was nun verpufft ist und im Sande verläuft. Wieder einmal wie damals bei der Siepelmeyer-Geschichte...

Auf diese Art wird sich in der SPD am Ort einschließlich ihrer Ratsfraktion auch in 10 Jahren nichts ändern, selbst wenn sich die aktive „alte Garde“ noch einmal halbiert und die „neue SPD“ zahlenmäßig verdoppelt.

# Kommentar

Nach meiner Meinung kann man das Ergebnis bei der Diskussion um die „qio“ so zusammenfassen: Im Ergebnis nicht befriedigend, aber wie es zustande gekommen ist sehr gut.

Es ist eben eine gute Tradition in der SPD Georgsmarienhütte, daß von der „neuen SPD“ (die, wem auch immer sei Dank, keine abgeschlossene homogene Gruppe ist), keine Entscheidung durch vorherige Absprachen oder Mehrheitsbeschaffung auf Teufel komm raus erreicht wurden. Wir haben nie in irgendeiner Weise den Ortsverein überfahren und z.B. ausgesessen, um dann in mitternächtlicher Stunde einen uns genehmen Beschluß zu fassen. Wir haben immer unsere Meinungsverschiedenheiten parteiöffentlich ausgetragen. Und wir sind gut damit gefahren. Denn es hat sich etwas verändert im Ortsverein durch unsere offenen Diskussionen. Wer hätte es für möglich gehalten, daß es Beschlüsse des Ortsvereines gegen neue Straßen, gegen die Raketenstationierung, für den Umweltschutz usw. geben würde.

Wir haben sehr wohl die Partei weiterentwickelt. Wir werden ob unserer Verhaltensweise zwar als „rechtste Juso-AG im Unterbezirk bezeichnet, der Ortsverein gilt aber als der „linkeste“. (neben den fürchterlichen Einstufungen ein scheißdeutsch. der Setzer)

Wir können nichts ändern, wenn wir im Geheimzirkel unsere Ansichten angleichen und dann als scheinbar geschlossene Gruppe gegen den Rest der SPD auftreten. Wenn wir aber in parteiöffentlichen Diskussionen unsere Ansichten entwickeln und deutlich machen, haben wir die Chance auch die „alte Garde“ (die auch nicht so homogen und geschlossen ist) zu überzeugen. Desweiteren glaube ich auch, daß es bei den „Linken“ in der SPD Georgsmarienhütte vergebens wär, darauf zu warten, daß sie nur wegen einer angeblichen Geschlossenheit, ihre ganz persönliche Meinung aufgeben. Ich sicher nicht!

Hermann Raufhake

## Rot-v.-Grün

Zu unserem Ärger gibt es immer wieder Bürger, die uns Jusos mit den Grünen in einen Topf werfen. Zu unserem Erstaunen glauben auch manche Genossen keinen Unterschied feststellen zu können.

Diesem Unsinn soll jetzt abgeholfen werden.  
Am 29. November 1984  
um 20<sup>00</sup> Uhr  
in der Gaststätte Uhtmann, Gesede  
werden wir mit Vertretern der Grünen in einer öffentlichen Veranstaltung diskutieren.



### KOLLEGE KARL

Schlimm, schlimm, schlimm, wie heutzutage schon die kleinen Kinder von links her indoktriniert werden!

Im Poesie-Album meiner Tochter hab ich gestern einen Spruch entdeckt, der eindeutig eine Attacke gegen unsere parlamentarische Demokratie darstellt!

„Alles kannst du kaufen für Gold oder Erz, aber niemals im Leben ein Mutterherz!“

Mit dem Wort „Alles“ sind doch ganz unzweideutig unsere Parteien und Politiker gemeint!

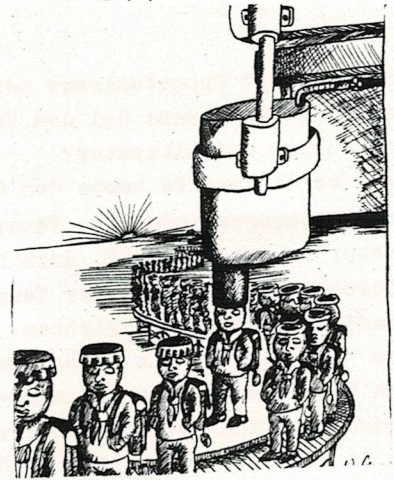


# Jungbürgergespräch

Die Grundidee für dieses „1. Jungbürgergespräch“ der Stadt GMHütte war mit Sicherheit nicht schlecht. Diese Veranstaltung sollte beitragen, das schlechte Verhältnis zwischen Jungbürgern, d.h. Bürgern, die vor kurzem volljährig wurden, und der örtlichen Bürokratie, charmant „Stadtverwaltung“ genannt, zu verbessern. „Hier müßte ein gewisses Vertrauen aufgebaut werden“, so die Meinung der Stadtväter in der Einladung zu diesem Gespräch.

Doch diese Möglichkeit zur Diskussion wurde nicht sonderlich genutzt: Ganze 14 Jungbürger folgten der über 660 mal verschickten Einladung. In dem kleinen, fast familiär wirkenden, Kreis kam es dann zu, meiner Meinung nach, guten inhaltlichen Diskussionen. Die angesprochenen Themen Ausschluß der Öffentlichkeit bei Ratssitzungen, Etatkürzungen, kommunale Bekämpfung des Waldsterbens, Situation des Jugendzentrums GMHütte, Art der Behandlung des Bürgerantrages zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone GMHütte u.a.m. brachte vornehmlich die Vertreter der CDU ins Schwitzen (eigentlich gab es nur einen Fraktionsvertreter jeder im Stadtrat vertretenen Parteien; doch die Herren Siepelmeyer und Rolles unterstützten den offiziellen CDU-Vertreter kräftig).

Diese Kritik resultierte aus unverständlichen Handlungen der CDU heraus, die z.B. fordert, die Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen abzuschaffen, was einer Entmündigung des Bürgers gleichkommt. Ein anderes Beispiel war die endlose Aneinanderreihung von nichtssagenden Wortbeiträgen der CDU-Ratsherren (-frauen), mit dem Ziel, jede Friedensdiskussion im Stadtrat zu verhindern.



Doch durch den Ablauf dieses Abends wurde ein Grund für das Desinteresse der (Jung-) Bürger deutlich. Heinrich Partelt, der Vertreter der „UWG“, wurde mehrmals bei seinem Bemühen, auch einmal sprechen zu dürfen, vom Diskussionsleiter übersehen. Doch dieses ist kein Einzelfall, denn z.B. hat sich die CDU-Ratsfraktion dafür ausgesprochen, ihm bei der Ratsarbeit nicht mehr das kollegiale „Du“ anzubieten, sondern das distanzierende „Sie“ zu benutzen. Da wird also bei der Ratsarbeit allzu scharfe Kritik von der CDU einfach abgeblockt oder es wird mit Konsequenzen reagiert. Dieses Verhalten gibt dem (Jung-) Bürger kein demokratisches Bild der kommunalen Arbeit, und ist zudem auch nicht geeignet, Vertrauen bei den Bürgern zu wecken. Diese und andere Aktionen, wie z.B. das Ignorieren der Arbeit des Umweltausschusses durch die CDU (besonders durch den Bürgermeister Siepelmeyer), haben diese Veranstaltung also im voraus zum Scheitern verurteilt. Vertrauensarbeit wird nicht an einem Abend, sondern an 365 Tagen im Jahr geleistet! Insofern hat auch ein „2. Jungbürgergespräch“ nur dann Sinn, wenn sich auch im Alltag einiges in der Stadtverwaltung ändert.

## KOLLEGE KARB

„Ich hab null Bock!  
Nach diesem  
Jungbürgergespräch!“



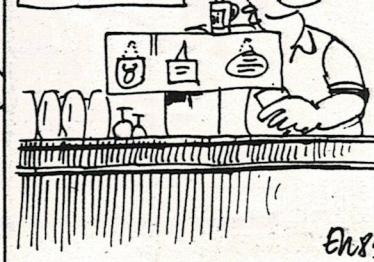
Ich kann das nicht  
mehr hören, daß du  
kein' Bock mehr hast!



Wenn man nur will,  
ist es ganz einfach,  
wieder Bock zu  
kriegen!



HEUTE  
FRISHER BOCK  
VOM FASS!



Walter, mach  
mal 2 Bock  
für uns!

# Videotie

Katholischer Opportunismus oder Wende der katholischen Kirche bei den Vorstellungen von Kultur und Literatur?

Wohl beide Aspekte haben den Oberhirten der Kirchengemeinde „St. Peter und Paul“, Pastor Schulte-Müdhoff, dazu bewogen, eine Videothek auf Zeit in der Hauptstelle der Stadtbibliothek einzurichten.

Zum Hintergrund: Die katholische Kirche hat beschlossen, ein Programm-Angebot an Videokassetten für die Dauer von 2 Jahren in 10 bis 14 ausgesuchten katholischen Bibliotheken der Bundesrepublik anzubieten. Das Ziel ist es, „dafür Sorge zu tragen, daß gute Programme für Kinder, Jugendliche und Erwachsene angeboten werden.“ Es soll also ein Gegengewicht gegen das große Angebot von Horror- und Pornovideos geschaffen werden.

Doch an dieser Stelle gibt es den ersten, wunden Punkt: die prozentuale Verteilung der angebotenen Videos auf die einzelnen Genres. Da haben die Unterhaltungsfilm (Abenteuergenres, Komödien u.ä.) einen Anteil am Gesamtangebot der Videos von 45%. Auf der anderen Seite stehen für Problemfilme und Bildungsprogramme ganze 15% zur Verfügung. Der restliche Anteil von 40% wird durch Kinder-, Jugend- und Familienfilme aufgefüllt. Wo ist da eine Alternative zu einer herkömmlichen Videothek? Der nächste Kritikpunkt ist der Preis für die Ausleihe von Videos. Die Leihgebühr beträgt für 3 Tage 5.- DM und für 5 Tage 8.- DM. Diese billigen Preise, die unter den Preisen einer herkömmlichen Videothek liegen, führen auch zu einem höheren Videokonsum, denn ein Kunde kann sich für das gleiche (Taschen-) Geld mehr Videos entleihen.

Zum anderen muß eine paradoxe Denkweise bei der katholischen Kirche vorliegen. Anders ist die Denkweise, Videos durch Videos bekämpfen zu wollen, nicht zu erklären. Aufgabe einer Bücherei müßte es sein, die Leute wieder für das Buch zu gewinnen. Diese Aufgabe der Bücherei hat der Pastor in vielen Sonntagsreden hervorgehoben, doch der Handlungsalltag sieht bei ihm anders aus.



Der letzte Kritikpunkt ist der, daß die katholische Kirche ein großes Stück vom Videoboom für sich gewinnen will. Dieses geht aus dem Lesen des Zettels hervor, auf

dem die entleihbaren Videos aufgeführt sind. Dort steht wörtlich: „Viele Titel können Sie auch als Kaufkassette günstig über das Katholische Filmwerk erwerben.“ Der katholischen Kirche geht es also nicht um eine Veränderung im Verhalten mit Videos, sondern um ein gutes Geschäft.

Unsere Forderung: Statt den Tod des Buches einzuleiten, sollte besser versucht werden, die Leute wieder für das Lesen zu gewinnen.



„Mal sehen, ob die Kleinen schön gespielt haben“

Abendzeitung, München



# Videotie

Doch die Pointe der ganzen videoti- schen Geschichte ist die, daß diese Vi- deothek in einer Bibliothek eingerich- tet ist. Durch die Einrichtung dieser Videothek wird der Tod des Buches be- schleunigt, weil es viel bequemer und einfacher ist, eine Videokassette aus- zuleihen als ein Buch zu lesen. Bei ei- nem Buch muß nach- und mitgedacht wer- den, währen ein Video alles schon vor- verdaut präsentiert. Das Buch regt die Fantasie an, während ein Video die Ge- dankenwelt des geschriebenen Wortes schon visuell präsentiert (wie denn sonst? der Setzer), und damit die Fan- tasielosigkeit fördert.

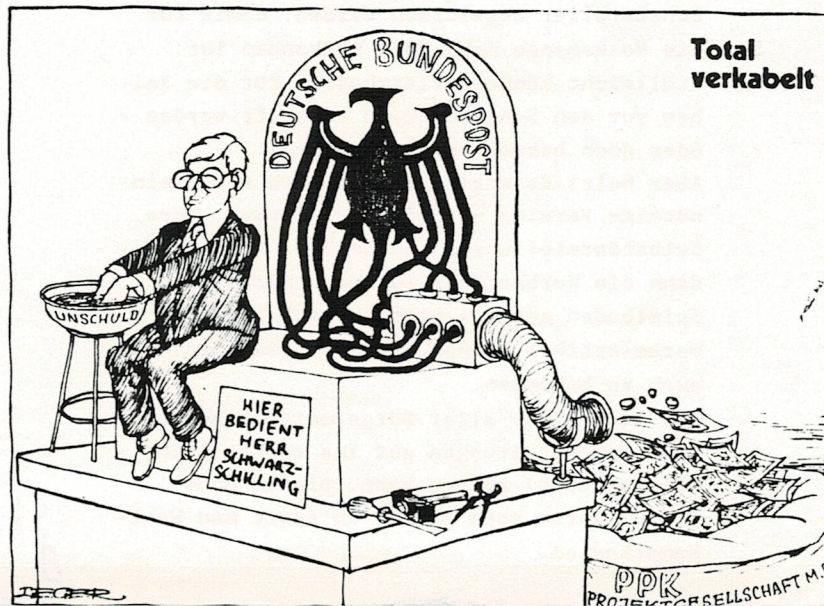
Auch werden viele Personen durch den Videokonsum davon abgehalten, Veranstal- tungen zu besuchen - eine Erklärung für die sinkenden Besucherzahlen jeq- licher Veranstaltungen der letzten Jah- re. Ist eine Gesellschaft der Passivität unsere Zukunft?



# Gebrauchs-wert

Wie bei allen Medien ist auch beim Video nicht das Medium selbst, sondern der Um- gang damit das Entscheidende. Video kann die Kreativität und die Phan- tasie durchaus entfalten helfen. Beim Video kann auch der Laie mit einfachsten Mitteln selbst Filme machen. Die Beschäf- tigung mit den eigenen und mit gesell- schaftlichen Problemen und die ev. Um- setzung in einen Video-Film kann dazu beitragen, daß man diese Probleme deut- licher verstehen und analysieren kann, als es durch ein Buch geschieht. Genau wie man durch selbst Schreiben - wie z.B. in der „ZdJ“ - zu einem bes- sernen Verständnis des gesellschaftlichen Umfeldes kommt als durch passives Lesen. Aber auch beim nur Konsumieren von Medi- en muß man nicht den Unterschied zwi- schen den einzelnen Medien machen. Der Unterschied besteht nur in der Quali- tät! Niemand kann mir erzählen, daß Lore Romane oder Horrorheftchen besser sind als ein guter Video - Film. Natürlich sind Bücher von Tolstoi, Böll, Grass oder auch Sachbücher besser als Horror - Videos oder Schwachsinnfilme deutscher Humormachart. Filme und Videos nach guten Büchern können einen eigenständigen Wert haben.

Das Schlimme bei allen Medien, ob Bücher, Filme, Radio oder Fernsehen sind nicht die Medien, sondern die kapitalistische Vermarktung der Medien. Nur was Gewinn verspricht wird mit großem Werbeaufwand an die Öffentlichkeit gebracht, ob Video oder Buch. Wenn dabei einmal wirklich an- spruchvolle dabei herauskommt, ob Video oder Buch, ist nur Zufall, und bestimmt nicht im Sinne der großen Verlage. Denn zuviel Nachdenken, angeregt durch diese guten Videos oder Bücher, könnte dem Geschäft schaden.



# Stadtrundfahrt (mit Seitenhieb)

Verkehrsberuhigung war eines der Schwerpunkte der diesjährigen alternativen Stadtrundfahrt. Aber nur Holzhausen konnte mit einer guten Lösung des Problems aufwarten, während in anderen Gegenden Georgsmarienhüttes noch einige Mängel auffielen.

Eigentlich schade, wenn man bedenkt, daß es an der L 95 nur um die Aufstellung einer Ampel geht. Genauer gesagt, die Ampel ist schon genehmigt, die Kabelkanäle sind auch schon vorhanden, es fehlt nur noch die Unterschrift von Stadtdirektor Rolfes damit endlich der Übergang von Aldi nach Dütman sicherer wird.

Übrigens, wir haben Stadtdirektor Rolfes bei der Stadtrundfahrt vermißt. Vielleicht hätte er dieses oder andere Probleme erläutern können.

Wenn wir schon beim Vermissen von gewissen Leuten sind; wo waren eigentlich die Mitglieder des Unterbezirksvorstandes der Jungsozialisten, die wir extra herzlich zu dieser Fahrt eingeladen hatten. Es wäre eine Gelegenheit gewesen zu erfahren, wie

die Georgsmarienhütter in der Kommunalpolitik mitarbeiten. Aber anscheinend ist ihr Interesse an den G.M.Hütter Jusos nicht so groß. Nur unser Interesse an Mitarbeit im Unterbezirk ist durch so ein Verhalten auch nicht zu wecken.

Zurück zu Besichtigungspunkten der alternativen Stadtrundfahrt. Das Thema Düte tauchte gleich zweimal während des Verlaufs der Fahrt auf. Zum einen wurde uns ein Teilstück der Düte gezeigt, das mehr oder weniger begradigt worden ist, zum anderen eine Gegend, in der manche die Düte gerne begradigt sehen würden. Bevor man aber die Düte an der Graf-von-Galen-Straße von ihren Windungen befreit, sollte man überlegen, ob das die Probleme löst. Das Überschwemmungsgebiet wird nur nach abwärts verschoben und der Schlamm, den die Düte mit sich führt, wird dadurch nicht weniger giftig.

Man sollte hier, wie auch bei anderen Sachen, endlich aus Fehlern lernen.

## Geschäftsfest

- oder wie kommt man zu einem geschäfts-offenen Sonntag!

Die Georgsmarienhütter Geschäftsleute haben es jedenfalls geschafft. Der Hüttenmarkt macht's möglich!

Mit Los-Verkauf wird die Werbetrommel gerührt. Jedem Geschäft seine Trostpreisausgabe - das lockt die Besucher.

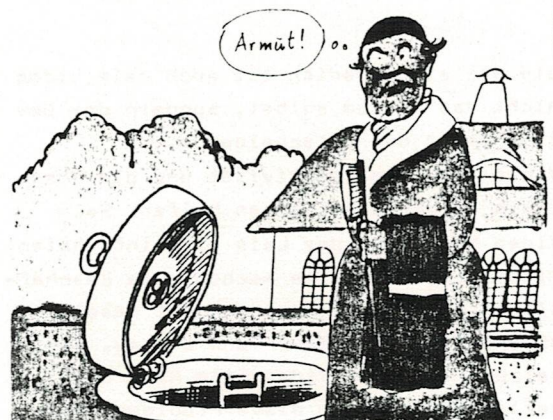
Ob aber das Rahmenprogramm reicht, für das nächste Jahr die gleiche Attraktivität zu erreichen? Vielleicht wenn man weiterhin das Freizeitprogramm in Georgsmarienhütte so kümmerlich gestaltet. So hat man doch wenigstens etwas.

Aber viel schlimmer; was passiert, wenn die Scharen in Massen kommen? Wohin mit den Autos? Eventuell sollten doch noch weniger Schausteller zugelassen werden, damit für die Volksmenge mehr Raum vorhanden ist. Vielleicht könnten Platzkarten für die Reihen vor den Schaufenstern verkauft werden - oder noch besser verlost werden.

Aber halt! Es waren ja auch noch allgemeinnützige Vereine aufgefordert worden, ihre Selbstdarstellung zu betreiben. So fielen dann die Werbestände (unter anderen als Spielbuden getarnt) nicht so auf. Schöne Werbe-Artikel konnte man dort gewinnen oder auch so bekommen.

Daß sich unser aller Bürgermeister auf solchen Veranstaltungen gut ins rechte Licht (Rampenlicht) rücken kann, bleibt ohne Frage. Warum auch nicht? So spart man Wahlkampfkosten.

*Direktor Semmelmayr verzichtet auf die Sauna in seinem Atom-Bunker.*



Aber das es der deutschen Wirtschaft nicht gut geht, wurde deutlich demonstriert.

1. Preis der Tombola - ein gebrauchtes Auto. Alles nach dem Motto, wenn unsere Bosse VW fahren, bleibt für uns Arbeiter nur das Fahrrad. Vielleicht entschieße ich mich doch noch und kaufe mir das Modellkleid von .... Aus Mitleid versteht sich.

Jedenfalls ein Blumentopf konnte mit diesem inszenierten Volksfest nicht gewonnen werden.

PS: Ich möchte noch ergänzend erklären, die Pünktchen im letzten Absatz sind gesetzt worden, weil wir hier nicht noch obendrein Werbung machen wollen. Das könnte denen so passen und außerdem bekommen wir ja auch kein Geld dafür.



# „DBV“

Der Naturschutz erfährt erfreulicherweise in der letzten Zeit vermehrte Aufmerksamkeit seitens der Bevölkerung und - man höre und staune - sogar der Politik. Bis vor nicht allzu langer Zeit stand Georgsmarienhütte in Sachen Naturschutz nicht gut da. Seit 1981 etablierte sich eine Arbeitsgruppe Georgsmarienhütte im „Deutschen Bund für Vogelschutz“, kurz „DBV“, genannt. Inzwischen sind einige Aktionen gelaufen, wie z.B. der Krötenfangzaun am Bardinghaushof, diverse Informationsabende zu Themen wie Dütebegradigung, Landwirtschaft und Naturschutz. Eine Biotopkartierung, also eine Erfassung in bestimmten Stadtgebieten vorkommender Tier- und Pflanzenarten, war die Grundlage eines Antrages aus Unterschutzstellung einiger ökologisch wertvoller Landschaftsteile. Dieser Antrag fand jedoch im Stadtrat nicht die erforderliche Mehrheit.

Allgemeines zum „DBV“:

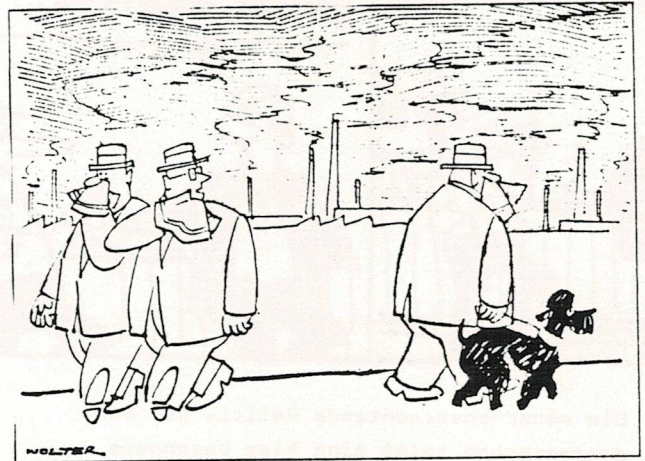
Der Verband ist die mitgliederstärkste Naturschutzorganisation in der Bundesrepublik und wurde ursprünglich als reiner Vogelschutzbund gegründet. Damals steckte nur die reine Freude an den „Piepmätzen“ und deren Natur dahinter. Mittlerweile hat sich das Bild des „DBV“, wie das Bild der Natur in unserem Land, radikal geändert. Die Arbeit des „DBV“ besteht heute in vielerlei Dingen, wie z.B. Erhaltung und Gestaltung von Feuchtgebieten, Anlage von Hecken, Feldgehölzen u.ä., Pflege und Er-

haltung von Naturwaldzellen (auch von Kopfweiden- und Obstbaumgehegen). Erreicht werden diese Schritte durch „Biotopmanagement“ (Gestaltung und Pflege und und), durch Anträge auf Ausweisung neuer Schutzgebiete, sowie durch den Erwerb oder Pacht geeigneter Flächen.

Alle, die besorgt sind wegen der fortschreitenden Zerstörung unserer Lebensgrundlage und nicht länger zusehen möchten, können sich an unsere Gruppe wenden. Wir treffen uns jeden ersten Freitag im Monat um 19.30 Uhr.

Wer Informationen wünscht, wende sich bitte an:

Lars Krägeloh  
Fasanenweg 21  
4504 Georgsmarienhütte  
Tel.: 05401/32193



Kölnische Rundschau

„Ich habe noch Hoffnung: Sobald der erste Pudel an Umweltverschmutzung eingeht, wird der deutsche Aufschrei unüberhörbar“

## Pfingstcamp

Pfingstcamp der Falken

Es gibt sie noch, die sozialistische Jugend Deutschlands und die sozialistischen Lieder. Beide mit altem, neuem Kampfgeist.

Diesen Kampfgeist für eine bessere sozialistische Zukunft aber auch dem Geist der "Freundschaft" konnte man auf dem Pfingstcamp der Falken in Dortmund deutlich spüren.

"Hoch, die internationale Solidarität" -

das war der Kampfruf, der den Sternmarsch und die Kundgebung begleitete. Für viele stand jedoch nicht die internationale, sondern die nationale Solidarität zur Durchsetzung der 35-Stundenwoche an erster Stelle. Den Gewerkschaften Unterstützung zuzusichern, war selbstverständlich.

Solidarität war für die Falken aus Dortmund nicht nur ein Schlagwort. Sie begleitete den Tagesablauf. Die Dortmunder Falken kümmerten sich mit großer Mühe um die Falken aus der ganzen Bundesrepublik, wobei die jüngsten Falken besonders große Beachtung fanden. Die Generation macht Schluß mit der Kinderfeindlichkeit in Deutschland. Das schönste Beispiel der Zusammenarbeit, des Zusammenlebens war das Animationstheater. Das Theaterstück war so gut erdacht, daß im Laufe der "Vorstellung" das gesamte Publikum (von 6-26 Jahren) voll Begeisterung mitspielte und eigene Ideen einbrachte.

Der beste Beweis für den Erfolg des Falkentreffens zeigte sich auf der Rückfahrt im Bus. Alles war leise und schlief.

# Türken raus - Saat geht auf

Vor Jahren wurden ausländische Arbeiter mit Geld gelockt, um in der deutschen Industrie zu malochen. Jetzt sollen sie wieder durch Geld veranlaßt werden, abzuhaufen in ihre Heimatländer, die ihnen nach jahrzehntelangem Aufenthalt in der Bundesrepublik fremd geworden sind.

Die „Türken-raus“-Saat geht auf.

Fast 95% der „rückkehrwilligen“ ausländischen Kollegen lebten länger als 10 Jahre in der BRD. Mit zurück nehmen sie Frauen und Kinder. Die Kinder, zum Teil hier geboren, müssen Schule oder Ausbildung abbrechen, Ob sie sich jemals in „ihrer

Heimat“, die sie nur aus wenigen Urlaubsaufenthalten kennen, zurechtfinden, ist fraglich. Hier waren sie „die Türken“, dort sind sie „die Deutschen“. Teile von Randgruppen hier wie dort.

Niemand hat gefragt, wieviel demütigende Erfahrungen, als Mensch zweiter Klasse zu gelten, wieviel Resignation, wieviel zerstörte Hoffnungen den Entschluß zur Rückkehr ausgelöst haben. Bereit oder willig, in ihre Heimatländer zurückzukehren, waren die meisten sicher nicht. Denn ihre Chancen sind heute dort nicht viel größer als damals, als sie ihre Heimat verließen.



## KOLLEGE KARL

Das ist wiederum typisch für die Ausländer!

Erst kommen sie alle her, nehmen uns die Jobs weg und machen Millionen Deutsche arbeitslos ...

Und jetzt fahren Sie wegen der Bonner Politik wieder verstärkt nach Hause ...

Und wir sitzen da mit unseren Arbeitslosen und müssen jetzt auch noch jemand anderen suchen der daran schuld ist!



Die menschenverachtende Politik der Bundesregierung zeigt sich hier besonders deutlich. Vorbereitet wurde sie ja auch durch massive Stimmungsmache gegen die Ausländer, besonders gegen die Türken. Wie hier mit Kollegen umgegangen wird, sollte auch den deutschen Arbeiter zu Denken geben. Sie sollten sich keinen Illusionen hingeben. Wenn es gegen den Arbeiter geht, ist es den Unternehmern und ihrer Regierung egal ob es Türken oder Deutsche sind, alle leiden darunter, mit dem Unterschied, daß die Deutschen hierbleiben müssen.

Oft betont, hier kann nur die Solidarität aller Kollegen helfen. Solidarität von Anfang an, sonst sind nach den Ausländern auch Gruppierung für Gruppierung von den Deutschen dran. Türkische und deutsche Kollegen haben weit mehr Gemeinsamkeit als der Unterschied zwischen abhängig Beschäftigten und Unternehmern ist. Die deutschen Arbeiter sollten den türkischen Kollegen dankbar sein. Denn so mancher Arbeitskampf, so manche soziale

Errungenschaft und unser heutiger Lebensstandard wäre ohne die Solidarität der türkischen Kollegen nicht möglich gewesen! Wenn sie sich von Anfang an nur als Ausländer gesehen hätten, wäre es, nur natürlich gewesen, hätten sie sich als Streikbrecher mißbrauchen lassen. Das Gegenteil war der Fall, ohne die aktive Beteiligung unserer ausländischen Kollegen wäre so mancher Arbeitskampf zusammengebrochen.



# Solidarität

Solidarität setzt voraus, daß man sich des jeweiligen Problems bewußt ist. Eine unserer täglichen Übungen ist es jedoch, Spiegelgefechte um einzelne Probleme zu veranstalten, die zur Tarnung inszeniert werden. Es reicht bei diesem Spiel nicht aus, den Frauen deutlich zu machen, daß sie ins Haus gehören, besser Kinder erziehen können, der ruhende Pol sein müssen...; außerdem den Männern ihre Arbeitsplätze überlassen sollen. Sie sollen damit die passive Reservearmee der Industrie sein. Dieses wird als solidarisches Verhalten der Frauen ausgelegt. Damit nicht genug! Sie können noch viel konsequenter gegen die sich entwickelnde Solidarität eingesetzt werden. In einem Arbeitskampf können Frauen wirksam gegen die Streikenden benutzt werden. Sie brauchen ja schließlich ihr Haushaltsgeld, und zwar genauso viel wie immer. Wovon soll man denn sonst leben? Und den Ehemann noch fünf Stunden in der Woche mehr im Hause haben? Der steht doch nur im Weg!

Die Ursache für solche unsolidarischen Denkweisen liegt wohl darin begründet, daß Frauen schon von Anfang an gelernt haben, jede Frau als Konkurrentin anzusehen (im Kampf um einen Mann). Wenn man diesen Mann in Form der Ehe an sich gebunden hat, muß sie als „Frau von“ ihre Selbstdarstellung dahin gehend betreiben, daß sie den Mann ohne Rücksicht auf wirklich für sie und ihn wichtiges zum gesellschaftlichen Erfolg treibt: Frau Doktor, Frau Pastor... Wir Frauen können nur zu einem lebenswerten Leben kommen, wenn wir selber Persönlichkeit zeigen, mit allen und nicht gegen alle arbeiten. Den Arbeitskampf müssen wir mitkämpfen! Wir müssen uns mit allen Frauen und Männern solidarisieren, mit allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, gegen die, deren eingeschriebenes Ziel es ist, uns in Knechtschaft zu halten und die allgemeine Kampfkraft zu schwächen.



## Pleitissimo

Kein Satiriker hätte es sich besser ausdenken können. Keiner hat wirklich damit gerechnet. Bei aller Kritik, die Gewerkschaften konnten es sich nicht vorstellen. Bundes-Arbeitsminister hat's gebracht: Die Lehrstellenverlosung! In einem Festakt, der zynischer nicht sein konnte, wurde in einer deutschen Bank eine zusätzliche Lehrstelle verlost. Hier wurde deutlich, wie die Bundesregierung die Lehrstellenpleite zu bewältigen (oder nicht zu bewältigen) versucht: durch Verdrängung und Verarschung. Denn es scheint so, als es der Unternehmerregierung sehr gut in den Kram paßt, daß es so viele Jugendliche gibt, die eine Lehrstelle suchen. Sie geben einen, wenn auch fadenscheinigen, Grund ab für den Abbau von Jugend-



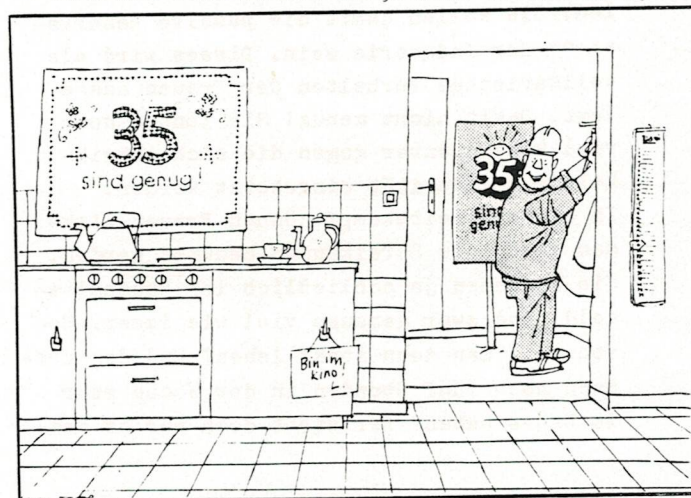
arbeitschutzgesetzen. Die Bäckerlehrlinge werden es als erste zu spüren bekommen. Unser Vorschlag: Verstärkter Einsatz von Pfarrern etc. bei der Vermittlung von Lehrstellen (die wissen schließlich am besten, welcher Jugendliche mit der nötigen christlichen Demut in die Lehre ziehen). Und für den Rest das Zufallsprinzip in Form einer bundesweiten Lotterie.

# Arbeitszeitverkürzung

Arbeitszeitverkürzung wird auch in Zukunft ein wichtiges Thema bleiben. Deshalb soll hier ein wichtiger Aspekt der Diskussion aufgegriffen werden.

Bei der Verkürzung der Arbeitszeit geht es auch darum, daß durch den Zuwachs der arbeitsfreien Zeit allen Arbeitnehmern die Chance gegeben wird, seine individuellen Lebensbedürfnisse besser erfüllen zu können. Weniger Arbeit bedeutet auch mehr Freizeit, mehr Zeit für Bildung, Kultur und für die Familie. Arbeitszeitverkürzung bietet die Chance zur besseren Aufteilung der Hausarbeit, die ja nach wie vor überwiegend von Frauen gemacht wird. Diese, aus der weiterhin bestehenden Rollenverteilung zwischen Mann und Frau abgeleitete, einseitige Aufgabenverteilung trifft besonders auf die Pflege und Erziehung der Kinder zu. Wenn Frauen und Mütter trotz der traditionellen Rollenverteilung weiterhin berufstätig sein wollen oder müssen (aus finanziellen Gründen), geraten sie zwangsläufig in eine Mehrfachbelastung. Die arbeitsgebundene Zeit läßt für Vollbeschäftigte kaum Zeit, nebenher noch eine Familie zu versorgen. Viele Frauen sind gezwungen, ein Teilarbeitszeitverhältnis einzugehen, wenn sie nicht ganz aus dem Berufsleben ausscheiden, um der unerträglichen Doppelbelastung zu entgehen.

Der Rückzug der Frauen aus dem Erwerbsleben (wenn auch nur zeitweilig) führt dazu, die Frauen ein Leben lang beruflich zu diskriminieren. Die Arbeitszeitverkürzung ist deshalb ein ganz wesentlicher Beitrag, die Verbindung von Beruf und Familie besonders für Frauen zu verbessern, zumal die Hausarbeit und die Kinderbetreuung zwischen Mann und Frau besser aufgeteilt werden kann.



„Schatz, ich bin da! Ist das Essen fertig?“

Wolter/Augsburger Allgemeine

Unterstützung von Seiten des Staates (Kinderkrippen, Kindertagesstätten, Ganztags Gesamtschulen) werden nur unzureichend angeboten. Außerdem werden sie im Zuge des Sozialabbaus der letzten Jahre erheblich gefährdet.

# Tarifabschluß - Metall

Die Tarifrunde in der Metallindustrie ist abgeschlossen. Bei den meisten Metallarbeitern mit gemischten Gefühlen. Mit einem Kraftakt sondergleichen wurde von der IGM die 35 Stundenwoche propagiert. Gegen den Widerstand nicht nur der Arbeitgeber, die meisten Medien, Verbände und natürlich die Bundesregierung lehnten die Wochenarbeitszeitverkürzung ab. Es ist deshalb erstaunlich, daß nicht allzu klein beigegeben wurde. Der Einstieg in die 35 Stunden Woche wurde geschafft.

40 Stunden dürfen in keiner Woche überschritten werden, 37 Stunden in keiner Woche in der Regel unterschritten werden. Die neuen Tarifverträge ermöglichen es dem Arbeitgeber, die Nutzungszeit der Anlagen unverändert zu lassen. Das ist nur durch Neueinstellungen zu erreichen. Für

längere Nutzung der betrieblichen Anlagen, die im einzelnen mit dem Betriebsrat zu bestimmen sind, wären dann Springerregelungen und entsprechende Schichtpläne erforderlich.

Folgende Verteilung wäre beispielsweise bei einer vereinbarten Arbeitszeit von 38,5 Stunden möglich:

Sieben Wochen lang 40 Stunden, während der achten Woche freie Tage für 10,5 Stunden.

Oder: Jede fünfte Woche ein freier Tag von 7,5 Stunden.

Hier kommt es auf das Können und den Möglichkeiten des einzelnen Betriebsrates an. Schwache Betriebsräte können bei den Verhandlungen von den Betriebsleitungen untergebettert werden. Es kann in den Bereichen zu unterschiedlichen Regelungen für vergleichbare Betriebe kommen.

# Tarifabschluß- Eisen & Stahl

Drei Wochen nach dem Abschluß in der metallverarbeitenden Industrie, wurde für die Eisen- und Stahlindustrie im Bereich Nordrheinwestfalen, Bremen und Osnabrück ein Verhandlungsergebnis erzielt.

Das Ergebnis, das auch für Klöckner Georgsmarienhütte gilt, sieht folgendermaßen aus:

- Ab 1.10.1984 beträgt die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit für Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge 38 Stunden.
- Arbeitnehmer in Konti-Schicht und Nachtschicht behalten ab 1.1.1985 zusätzlich zu der 38 Stunden Woche vier Freischichten (bisher sechs) pro Jahr unter Fortzahlung des regelmäßigen Arbeitsverdienstes.
- Arbeitnehmer, die 1984 das 50. Lebensjahr vollendet haben oder vollenden, erhalten ab 1.1.1985 einen freien Arbeitstag pro Jahr.

Keine Flexibilisierung also. Natürlich ist auch der volle Lohnausgleich gesichert:

- Zum 1.10.1984 werden die Ecklöhne aufgrund des Lohnausgleiches um 5,26 % erhöht. Die Tarifgehälter der Angestellten bleiben unverändert.
- Die Löhne und Gehälter werden zum 1.1.1985 um 3,3 % und zum 1.7.1986 um weitere 2 % erhöht.
- Die Ausbildungsvergütungen werden zum 1.1.1985 um 10,-- DM, zum 1.7.1986 um weitere 10,-- DM.



Die deutschen Löhne sind zu hoch, die deutschen Arbeiter arbeiten zu wenig - und die deutschen Gewerkschaften fordern noch mehr Lohn und weniger Arbeit. Das muß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zerstören. So klagten die deutschen Unternehmer und die deutsche Bundesregierung.

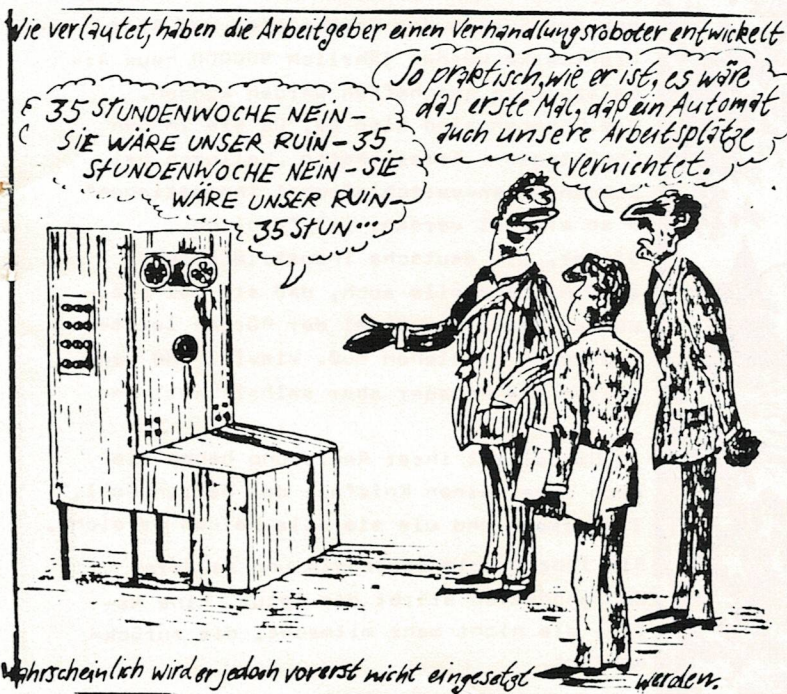
Wer sich aber Mühe macht und sich über die Tatsachen informiert, der wird feststellen, daß die deutschen Arbeitskosten den internationalen Wettbewerb der Wirtschaft nicht behindert.

Das ergibt sich aus einem Lohnkosten- und Arbeitszeitvergleich des Bundesministeriums der Arbeit, natürlich nach der Tarifrunde im Druckgewerbe und der Metallindustrie veröffentlicht.

Verglichen wurden die Lohnkosten und die Arbeitszeiten in der Bundesrepublik Deutschland mit denen der USA, Frankreichs, Japans, Großbritanniens und Italiens. Zentrale Frage war dabei, ob die deutsche Volkswirtschaft noch international wettbewerbsfähig ist. Das Ergebnis ist ein eindeutiges Ja.

Im internationalen Vergleich wies die Bundesrepublik 1983 gegenüber 1982 mit 3,3 % den geringsten Anstieg der Stundenlöhne auf. Auch im langfristigen Vergleich von 1970 bis 1983 hat die Bundesrepublik den geringsten Anstieg zu verzeichnen. Entscheidend für die internationale Wettbewerbsfähigkeit sind die Lohnstückkosten. Sie berücksichtigen neben den direkten Arbeitsentgelten auch die vom Arbeitgeber getragenen Lohnnebenkosten.

Unter den vergleichbaren Industriestaaten hat die Bundesrepublik im Zeitraum von 1980 bis 1983 insgesamt den niedrigsten Anstieg zu verzeichnen.



# Umweltschutz und Arbeitsplätze

Umweltschutz oder Arbeitsplätze. Investitionsstau durch Umweltschutz. Job-Killer. Umweltschutz.

So und ähnlich sind immer noch die Argumente der deutschen Unternehmer und ihrer Regierung. Die Konsequenz sind die letzten peinlichen Entscheidungen zu Buschhaus oder dem Katalysator.

Mit diesen Argumenten werden die Arbeitnehmer eingeschüchtert und verunsichert, Gewerkschaften erpresst und Umweltschutzaufgaben verwässert.

Und die Bundesrepublik erstickt im Dreck. Der deutsche Wald ist nicht mehr zu retten. Wir essen Lebensmittel, die so mit Giften belastet sind, daß sie keine „Lebens“-mittel mehr sind. Die Muttermilch ist so verseucht, daß sie nicht einmal den laschen Bestimmungen für Giftgrenzwerte von Lebensmitteln entsprechen. Kleinkinder erkranken und sterben an Pseudo-Krupp, in Schulen und Kindergärten atmen Kinder formaldehydverseuchte Luft. Mit Leitungswasser, aber auch mit vielen Mineralwassersorten darf keine Babynahrung mehr zubereitet werden. Ackerboden ist bis zu 15 % der Fläche mit Giften verseucht, daß die Anbauprodukte nicht mehr verwertet werden dürfen.

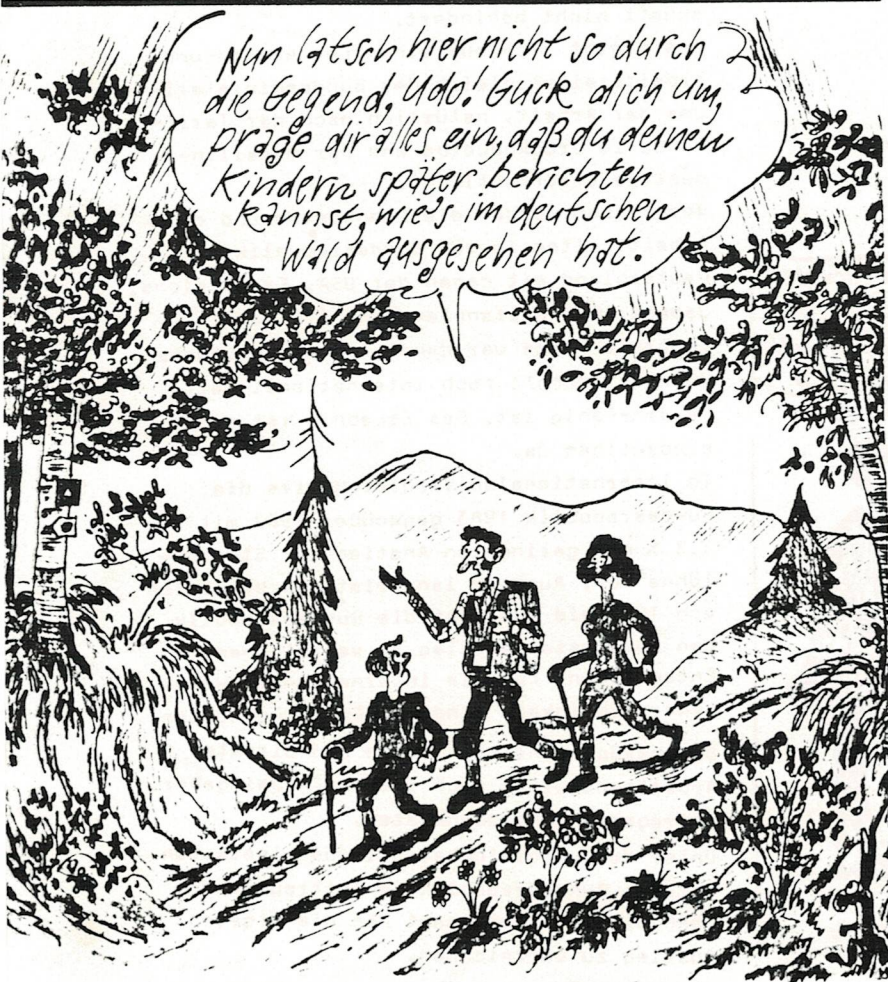
Schon allein diese Tatsachen rechtfertigen konsequenten Umweltschutz.

Aber auch die Alternative Umweltschutz oder Arbeitsplätze hat sich als unhaltbar erwiesen. Ausgerechnet in Japan ist bewiesen worden, daß konsequenter Umweltschutz Arbeitsplätze schafft. Schon seit Jahren gibt die japanische Industrie dreimal soviel für Umweltschutzmaßnahmen aus wie die deutsche Industrie, bezogen auf die Gesamtinvestitionen. Aber, oh Wunder, Japans Industrie kam nicht zum Erliegen. Im Gegenteil: Die Flut neuer umweltfreundlicher, energiesparender Produktionsverfahren brachte Japans Wirtschaft einen enormen Aufschwung.

Was machen derweil die deutschen Manager? Sie verpassen diese Chancen, sie jammern, sie drohen. Hier liegt in Wahrheit die große Gefahr für unsere Arbeitsplätze: Schlafmütziges Wirtschaftsführer streichen in aller Ruhe die riesigen Subventionen aus Bonn ein – was soll man da auch noch die Kreativität bemühen, wozu noch zukunftsgerichtete Innovationsfreude zeigen, wenn es der Kohl den Seinen im Schlafe gibt.

Die wenigen, meist kleinen Firmen, die jetzt schon moderne Umwelttechniken anbieten, haben ungewöhnlich lange Lieferzeiten. Trotzdem zeigte eine Studie, in Auftrag gegeben von der Industrie, um die Job-Killer-These zu bestätigen, daß zwischen 1971 und 1977 rund 215 000 Arbeitsplätze durch Umweltschutz geschaffen worden sind. Allein durch eine bessere Energieausnutzung durch Spartechniken und ein Ausstie aus dem System der Großanlagen und Atomkraftwerke würden jährlich 900000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Die Chancen sind also da. Ob sie in den Chefetagen – Arbeitsmotto „Hellwach bei Subventionen-verschlafen bei Innovationen“ – so erkannt werden, ist fraglich. Sicher, die deutsche Industrieführung weiß mittlerweile auch, daß sie bei steigendem Umweltbewußtsei der Bürger letztlich doch mitziehen muß. Wieviel und wann wollen die Manager aber selbst bestimmen

Im Handel mit ihrer Regierung haben sie noch immer einen Kniefall der Herren Kohl, Zimmermann und wie sie alle heißen erreicht. Sie labern, sie mauscheln und zaudern. Währenddessen stirbt die Natur. Eine Natur, die nicht mehr mitmacht, die zurückschlägt.



# Arbeitsschutz ist Umweltschutz

Das Umweltbewußtsein der Bevölkerung ist in den letzten Jahren enorm gestiegen - ein überfälliger und notwendiger Prozeß. Zu einer entschiedeneren Bekämpfung der Gefahren am Arbeitsplatz hat dieser Bewußtseinswandel bisher nicht geführt, obwohl Arbeiter in fast allen Industriezweigen einer wahren Chemikalienflut ausgesetzt sind. Zigtausende von Arbeitnehmern erkranken jährlich durch die Wirkung gefährlicher Arbeitsstoffe, Tausende sterben!

Ausgangspunkt der meisten Umweltbelastungen sind die Produktionsverfahren. Es werden also zunächst die in der Produktion tätigen Arbeitnehmer betroffen. Erst dann kommt es zu einer Belastung der Umwelt. Auch industrielle Rückstände gefährden zuerst einmal die Beschäftigten in den Betrieben.

Faßt man die verschiedenen Schadstoffkrankungen einmal zusammen, dann waren 1982 mehr als die Hälfte aller angezeigten Berufskrankheiten auf Schadstoffeinwirkung zurückzuführen.

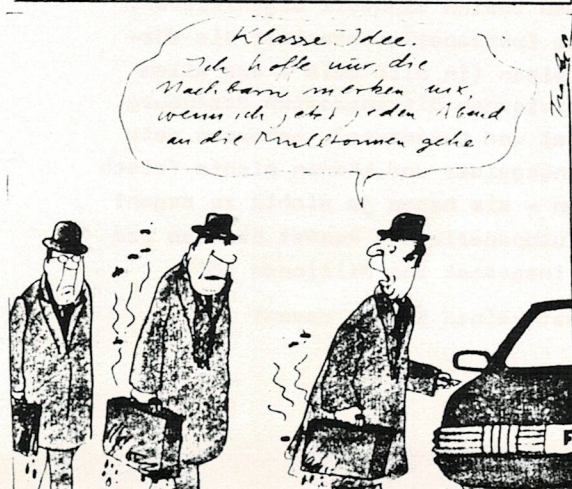
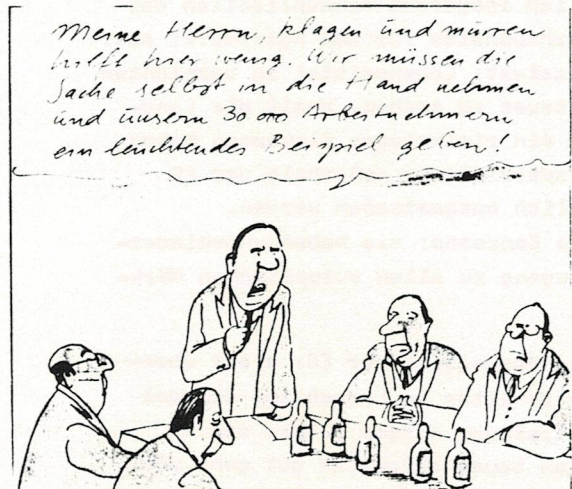
Ein Schwerpunkt liegt bei den Hautkrankheiten. 1982 wurden fast 11 000 schwere oder wiederholte Hauterkrankungen registriert.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei den Erkrankungen durch anorganische Stoffe (Quarz, Asbest, Aluminium, Hartmetall)

Nicht berücksichtigt ist, daß schon eine Menge passieren muß, bevor es zu einer Berufskrankheitsanzeige kommt. Bei vielen Schadstoffen - und besonders Schadstoffgemischen - sind die Gesundheitsgefährdungen überhaupt noch nicht bekannt. Deshalb kann man davon ausgehen, daß das tatsächliche Gesundheitsrisiko erheblich größer ist als sich aus den Zahlen der angezeigten oder anerkannten Berufskrankheiten schließen läßt.

Die soqn. Altstoffliste, die von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz nach dem Chemikaliengesetz angelegt wurde, umfaßt ungefähr 60000 reine Arbeitsstoffe. Es kommen dazu zirka eine Million Stoffgemische. Innerhalb der EG rechnet man mit einer jährlichen Zunahme von 3000 neuen Stoffen. Die gesundheitliche Gefährdung bei einer derartigen Vielzahl von Arbeitsstoffen kann man sich vorstellen. Schlußfolgerung für den Betrieb:

- Alle im Betrieb verwendeten Schadstoffe sind einer Bestandsaufnahme zu unterziehen und dem zuständigen Gewerbeaufsichtsam anzuzeigen.
- Von allen Schadstoffen sind Messungen durchzuführen.
- Der sicherheitstechnische Schutz muß gegenüber dem Körperschutz Vorrang haben. Alles Forderungen, die auch für den allgemeinen Umweltschutz Gültigkeit haben!



# Europawahl

Die Europawahl ist gelaufen und es ist so, als ob nichts war; es ist tatsächlich nichts Wichtiges passiert - außer, daß die großen Parteien sich über die Wahlkampfkostenerstattung finanziell gesundgestossen haben. Das ist auch der eigentliche Skandal dieser Wahl: SPD, CSU, CDU, FDP (und Grüne als Nutznießer) bekommen insgesamt 220 Millionen DM Kostenerstattung. Da sie jeweils jedoch viel weniger ausgegeben haben, bleibt ein fetter Batzen übrig. Über den Wahlkampf zu Schiff, Schiene und Zelt lohnt sich ebenfalls kein weiteres Wort. Wo kein Ziel, wo keine Inhalte, da muß schon Show kommen, da man ja nicht nur heiße Luft anbieten kann.

Bezeichnenderweise haben dann ja auch die Grünen als eigentlich europafeindliche Partei am besten abgeschnitten. Aber was heißt eigentlich europafeindlich oder -freundlich? Gegen dieses Europa der Konzerne und großen Landwirte sind doch wir Sozialisten auch! Wer hat denn Nutzen von Europa und dem Europaparlament?

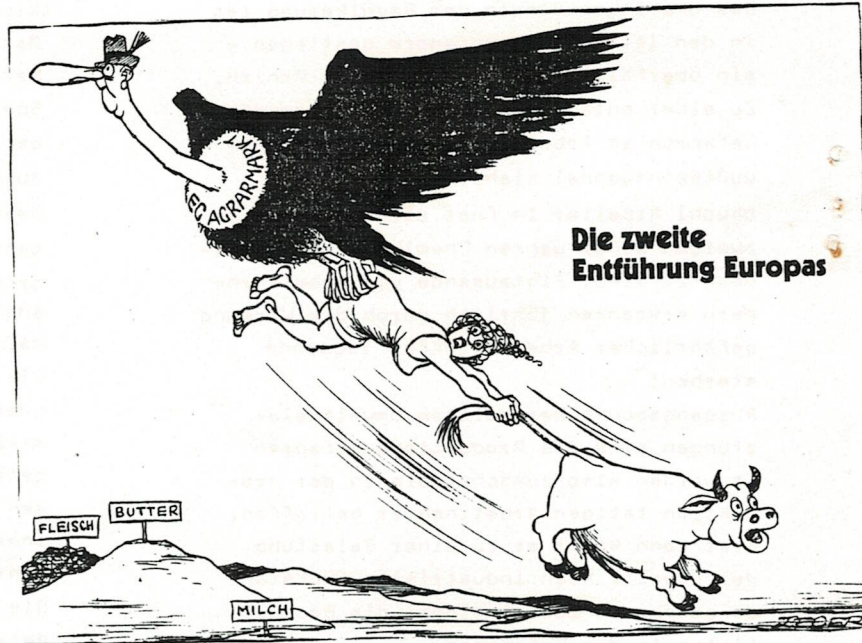
1. Die Landwirte, vor allem die großen wie Freiherr von Heeremann. Um die 40 bis 60 Milliarden (!!!!!) gibt die EG jährlich insgesamt einschließlich der Länderhaushalte für den Agrarmarkt aus. Im Klartext: Lebensmittel zu vernichten bzw. teuer zu machen, damit die Landwirte ein risikoloses Einkommen haben und andere Länder außerhalb der EG preislich ausgestochen werden.

2. Die Konzerne: sie haben ungehinderten Zugang zu allen europäischen Märkten.

3. Die Verwaltung der EG: stark überhöhte Gehälter in Luxemburg, Brüssel und Straßburg sorgen dafür, daß es einigen tausend Beamten gut geht und sie den Unsinn sinnvoll organisieren.

4. Die Europaparlamentarier: sie dürfen reisen (in alle Welt - vor allem aber zwischen Sitzungsorten Straßburg, Brüssel und Luxemburg), bekommen gute Sitzungsgelder und können nichts falsch machen - sie haben ja nichts zu sagen! Das Europaparlament kostet übrigen pro Jahr insgesamt 500 Millionen DM!

Wer hat keinen Nutzen davon?



Die Arbeitnehmer! Sie finanzieren mit ihren Steuern den Agrarmarkt und zahlen dann zusätzlich teuer für die Produkte. Sie haben theoretisch Freizügigkeit in der gesamten EG. Was nützt ihnen das? Bekommt ein arbeitsloser Stahlarbeiter etwa eine Stelle in Belgien oder Frankreich? Zudem werden die Arbeiter in den verschiedenen Ländern geschickt gegeneinander ausgespielt. Siehe den Stahlbereich.

Diese Hintergründe hätte die SPD aufklären und diskutieren können. Stattdessen hat unsere Partei mit ihrem albernem Zirkuszelt eifrig an den Illusionen mitgestrickt.

Es wird sogar gemunkelt, daß ein ganz, ganz Linker SPD-Mensch, der uns immer schon weit links überholte, für das Europaparlament kandidiert habe.

Übrigens: die Wähler haben das ja durchaus erkannt und zu einem großen Teil die überflüssige Europawahl boykottiert!





# CDU gegen UWG

Die Auseinandersetzung zwischen dem Bürgermeister Siepelmeyer und der UWG, insbesondere mit dem Fraktionsvorsitzenden Heinrich Bartelt, existiert schon so lange, wie die UWG im GMHütter Stadtrat sitzt. Die unbequeme, direkte Opposition und Kritik der UWG war der CDU-Ratsfraktion, allen voran der Bürgermeister, schon von Anfang an ein Dorn im Auge. Endgültig wurde dieser Streit in die Öffentlichkeit getragen, als sich Heinrich Bartelt in einem Artikel für die „Neue Osnabrücker Zeitung“ über Benachteiligungen bei der Ratsarbeit und über die Einseitigkeit des Bürgermeisters beklagte. Wir sind der Meinung, daß die Mißstände, innerhalb der Ratsarbeit, die durch den UWG-Fraktionsvorsitzenden Heinrich Bartelt veröffentlicht wurden, zum großen Teil begründet sind.

Zur Nichtobjektivität, und damit Einseitigkeit, des Bürgermeisters Siepelmeyer lassen sich zwei exemplarische Beispiele anführen:

1.) In GMHütte fand sich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Jusos, Junge Union (JU), UWG und Friedenskotten, zusammen, um sich bei der Umweltpolitik nicht im Parteiengerangel zu verzetteln, sondern gemeinsam effektiv die Umweltprobleme anzugehen. Zu diesem Zweck wurde eine Ausstellung mit dem Titel „Müll - Rohstoff statt Schadstoff“ ausgeliehen, die im Oktober in GMHütte gezeigt wird. Die Arbeitsgruppe an die Stadt GMHütte eine Antrag auf Bezuschußung. Während der Behandlung dieses Antrages in der Umweltausschußsitzung vom 2. Juli meldete sich Bürgermeister Siepelmeyer zu Wort und sagte: „Ich kann doch keine politischen Gegner unterstützen!“ Diese auf Jusos, UWG und Friedenskotten bezogene Meinung zeigt eindeutig die Einseitigkeit des Bürgermeisters. Es dürfen nicht nur CDU- unterstützte Projekte gefördert werden; generell sollte jedes politische Engagement mitgetragen werden!

Schon gewußt?

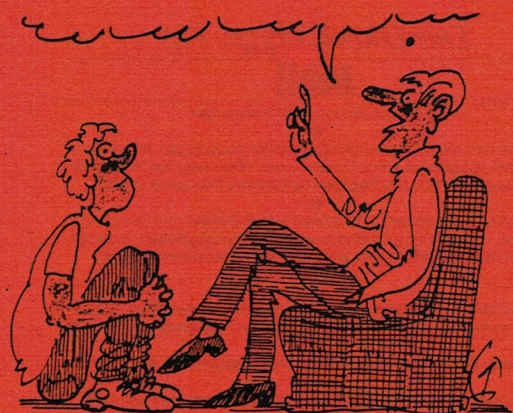
- die Hälfte aller Autofahrten bewegt sich in einem Bereich von unter 5 km Entfernung; 30% aller Autofahrten führen nicht weiter als 2 km von zu Hause weg: eine (fast) unerschöpfliche Quelle der Energieeinsparung und des Umweltschutzes...

2.) Während einer Ratssitzung, die Mitte des letzten Jahres stattfand, wurde Heinrich Bartelt von Bürgermeister Siepelmeyer konsequent ignoriert, als sich dieser nur zur Geschäftsordnung meldete. Dies ist ein klares Formvergehen des Bürgermeisters, denn Meldungen zur Geschäftsordnung müssen gehört werden!

Auch die Art und Weise, wie die CDU-Ratsfraktion, allen voran der Bürgermeister, auf die unbequeme Kritik von Heinrich Bartelt reagiert, zeigt ihre Intoleranz anderen Meinungen gegenüber. Da beschließen die CDU-Ratsherren und -frauen Herrn Bartelt nicht mehr, wie im Rat üblich, zu duzen, sondern ab jetzt zu siezen. Da wird ein Verfahren von der CDU ins Leben gerufen, um zu prüfen, „ob hier nicht die Treue des Ratsherrn gegenüber der Gemeinde verletzt worden ist.“ Wird da nicht „Treue“ mit „bewußtem Verschweigen von Sachkritik“ gleichgesetzt?

Abschließend gesagt, ist nach Meinung von uns keiner der beiden Kontrahenten völlig schuldlos. Doch wir unterstützen die Courage, die der UWG-Fraktionsvorsitzende Bartelt aufgebracht hat, um seine unqueme Kritik zu äußern und die objektiv vorhandenen Mißstände sachlich der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Uns als erstes Gebot sei Dir gegeben:  
Wenn unser aller geliebter Bürgermeister auch nur furzt, niemals sei Widerspruch Deine Wahl!



Wie sich die CDU ihr Verhältnis zur UWG vorstellt.

- täglich werden in der Bundesrepublik 180 ha Boden asphaltiert, betoniert, bebaut...  
Das sind im Jahr 65700 ha - gleich 657 km<sup>2</sup> !

# Müll - Rohstoff statt Schadstoff

Mitte Mai fand sich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus der UWG, dem Friedenskotten, einzelnen Privatpersonen und den Jusos, zusammen. Zu dieser Gruppe stieß kurze Zeit später auch die „Junge Union (JU)“.

Positiv ist zu vermerken, daß das Thema Umwelt(schutz) mittlerweile so aktuell geworden ist (z.B. Waldsterben, Pseudo-Krupp, Dioxinfunde), so daß das Parteiengerangel, wer nun der „Grünste“ von allen sei und mit einem grünen Heiligenschein herumlaufe, aufgegeben wurde. Dadurch ist eine Zusammen von sich sonst gar nicht so grünen Partnern möglich geworden – ein Zeichen für eine Zusammenarbeit, die über die Zeit der Ausstellung hinausgeht?

Die Arbeitsgruppe hat sich die Aufgabe gestellt, das Umweltbewußtsein der Menschen in GmHütte anzuregen, aber auch der Industrie zu zeigen, daß sie Möglichkeiten zur Vermeidung von Umweltbelastungen, z.B. durch Einbau von Filtern, und zur Fertigung von Produkten, die umweltfreundlich und energiesparend sind, z.B. die Produktion von Milchflaschen statt von Milchtüten, haben. Zu diesem Zweck wurde die Umweltausstellung „Müll - Rohstoff statt Schadstoff“ des „Institutes für Energie- und Umweltforschung Heidelberg e.V.“ für den Monat Oktober ausgeliehen.

## Der Öko-Knigge-Tip

### Müll

Oberstes Gebot: Müll vermeiden

\*  
Bewußt einkaufen: keine unnötigen Verpackungen, keine Plastiktüten, möglichst keine Spraydosen, Mehrwegflaschen statt Einwegflaschen, auf Reparierbarkeit der Produkte achten

\*  
Papierflut eindämmen: • Werbeprospekte ablehnen (entsprechenden Hinweis an den Briefkasten) • einseitig beschriebenes oder bedrucktes Altpapier zuerst noch als Schmierpapier nutzen

\*  
Einwegflaschen in den Altglascontainer bringen (aber: Glas sammeln ist gut, Mehrwegflaschen sind besser!)

\*  
Altkleider für die nächste Altkleidersammelaktion aufbewahren

\*  
Aluminiumprodukte möglichst nicht kaufen, ansonsten sammeln und recyceln (Joghurtdeckel, Alufolien, Cremedosen usw. möglichst spülen bzw. abschlecken)

\*  
Möglichst wenig Geräte verwenden, die batteriebetrieben sind (z. B. Dynamo-Taschenlampe statt Batterietaschenlampe usw.)

\*  
Alte Arzneimittel zum Apotheker zurückbringen, nachfragen, was er damit macht

\*  
Ausgediente Autoreifen und Fahrradschläuche sowie anderes Altgummi zum Reifenhandel (mancherorts auch zu Schrottbrenn) bringen

\*  
Defekte Haushaltsgeräte, alte Fahrräder etc. reparieren (lassen), ggf. in eine Recycling-Werkstatt bringen

\*  
Brauchbare Möbel etc. möglichst über Kleinanzeigen verschenken, statt auf den Sperrmüll zu stellen

Inhaltlich geht die Ausstellung zunächst darauf ein, daß die Rohstoffvorkommen bedrohlich abnehmen und die Müllberge bedrohlich wachsen. Beides ist zu vermeiden, wenn sich Konsumenten und Industrie für Recyclingverfahren engagieren. In einem zweiten Teil der Ausstellung werden eben diese Möglichkeiten des Recyclings aufgezeigt. Außerdem erläutern die Schautafeln der Ausstellung zahlreiche Müllbeseitigungsverfahren und ihre Belastungen für die Umwelt. Die vierte Aussage der Ausstellung ist, daß der Mensch auch die Vermeidung des Anwachsens der Müllberge dadurch verhindern kann, indem er nur Produkte kauft, die nicht unnötig oft verpackt sind. Doch ich will an dieser Stelle nicht allzuviel vorwegnehmen – geht doch einfach mal hin! Vom 15.-26. Oktober wird sie in der Aula der Realschule gezeigt. Die Öffnungszeiten sind:

Mo.-Fr.: 9.30 - 11.30

Mo.-Mi.: 18.00 - 20.00

Sa.: 13.00 - 18.00

Während der Dauer dieser Umweltausstellung werden auch zahlreiche Rahmenprogramme durchgeführt:

Di. 16.10: 19.30 Podiumsdiskussion mit Vertretern der Verbraucherzentrale, der Industrie- und Handelskammer, der Müllverbrennungsanlage „Edelhoff“, des Umweltausschusses des Landkreises Osnabrück und ein Experte zum Thema Müll.

Do. 18.10: Tag des Umweltschutzpapiers (Aktion).

Sa. 20.10: ab 15.00 Familiennachmittag mit Umweltspielen und Kasperletheater.

Mo. 22.10: 19.30 Diavortrag zum Thema „Sondermüll“.

Der Lichtblick einer überparteilichen Zusammenarbeit wurde durch den Bürgermeister Siepelmeyer schnell wieder verdunkelt. Auf der Umweltausschußsitzung vom 2. Juli ging es u.a. um einen Antrag der Arbeitsgruppe, indem wir die Stadt um einen Zuschuß für die Finanzierung der Ausstellung baten. In ruppiger Art und Weise lehnte Siepelmeyer, und damit die gesamte CDU-Fraktion, diesen Antrag ab. Eine Kostprobe seiner „Argumente“: „Wir unterstützen doch keine Feinde!“ (Zitat!!!).

Doch dieser Zwischenfall hat die Arbeit der überparteilichen Aktionsgruppe nicht beeinträchtigt!